

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter

Ausgabe A.

Nr. 26

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitglie-  
dern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglie-  
der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00  
pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vor-  
auszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln,  
den 1. Juli 1927.

Anzeigenpreis für die viergesp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellen-  
gesuche und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlfstellen kosten die  
Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Denloerwall 9.  
Telephonruf West 51546. — Redaktionschluss ist Samstag  
Mittag.

28. Jahrg.

## Sozialdemokratie und christliche Arbeiterchaft.

Unter dem Vorwand, daß die Sozialdemo-  
kratie die einzige Partei sei, die in den deutschen  
Parlamenten gewerkschaftliche Forderungen ent-  
schieden vertrete, wird von sozialistischen Führern  
immer wieder der Versuch gemacht, die christ-  
liche Arbeiterchaft für die Sozialdemokratie zu  
gewinnen. Auch auf dem letzten Parteitag der  
Sozialdemokraten in Kiel wurde diese Frage er-  
örtert. Unsere Kollegen Stegerwald und Joos  
haben zu der Angelegenheit Stellung genommen.  
Stegerwald in einer Zentrumsversammlung in  
Höxter und Joos in einem Artikel der „West-  
deutschen Arbeiterzeitung“. In den Auslassungen  
der beiden Kollegen wird u. a. gesagt:

I.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Kiel  
wurde von mehreren Rednern die sozialdemo-  
kratische Partei den christlichen Arbeitern vor-  
gestellt als die Partei für den politischen, sozialen  
und wirtschaftlichen Emanzipationsprozeß der  
Arbeiterchaft. Die geistigen und kulturellen  
Auseinandersetzungen solle man, so meinte ein  
Redner in Kiel, entsprechend zurückstellen.

Damit ist das Gefechtsfeld geklärt. Die poli-  
tische und gewerkschaftliche Sozialdemokratie  
hat sich in Deutschland vor der Gründung der  
christlichen Arbeiterbewegung geistig und kultu-  
rell anders gegeben als heute. Damals bildeten  
den Hauptlesestoff in der sozialistischen Gewerk-  
schaftsbibliothek Haekels Welträtsel, Darwin,  
Bebels Frau usw. Die Festtagsartikel in den  
sozialistischen Gewerkschaftsblättern atmeten  
denselben Geist. Das war der Hintergrund für  
die Bildung der christlichen Gewerkschaften. Und  
von derselben Stunde an, wo in Deutschland  
keine starke christliche Arbeiterbewegung mehr  
existieren würde, würde die politische und ge-  
werkschaftliche Sozialdemokratie sicher auch  
äußerlich wieder dahin zurückkehren, woher sie  
gekommen ist. Der Mensch lebt auf die Dauer  
nicht vom Brote allein. An den geistigen Grund-  
lagen des Sozialismus hat sich zudem im Ver-  
gleich zu früher nichts geändert. Heute wird  
lediglich, um die christlichen Arbeiter zu ge-  
winnen, mit der Herauskehrung dieser Grund-  
sätze etwas zurückgehalten.

Der Emanzipationskampf der Arbeiterchaft  
aber hat nicht nur eine materielle, sondern auch  
eine geistige und seelische Seite. Die besten  
Köpfe in der englischen Arbeiterbewegung kom-  
men immer mehr zu der Erkenntnis, daß der  
bloßen Okonomisierung der Arbeiterbewegung  
nachdrücklich entgegengewirkt werden müsse.  
Sinsichtlich der geistigen und seelischen Seite des  
Emanzipationskampfes der Arbeiterchaft, hin-  
sichtlich des „Woher“ und „Wohin“ des Men-  
schen kann der Sozialismus dem christgläubigen  
Arbeiter nicht mehr bieten als der Kapitalis-  
mus, nämlich geistige und seelische Leere. Im  
Gegenteil: In der Vergangenheit war der  
deutsche Sozialismus in diesen Dingen unduld-  
samer als der Kapitalismus.

Was kann der Sozialismus dem inneren  
Menschen anstelle des Christentums bieten? Bei  
einer Vorherrschaft des Sozialismus in Volk  
und Staatsleben geht es ähnlich wie in Amerika,  
wo sich der technische Fortschritt zuungunsten  
der biologischen Substanz der amerikanischen  
Kultur vollzieht. Der französische Philosoph  
Henry Bergson bemerkte einmal, der moderne  
Mensch habe durch die Technik seine physischen  
Kräfte vervielfältigt, dabei seien seine seelischen  
Kräfte, anstatt mitzuwachsen, eher verkümmert.  
So führt bloßer äußerer Fortschritt ohne gleich-

zeitigen geistigen und seelischen Wachstums-  
prozeß zur seelischen Verödung und Verwilde-  
rung.

Sozialisten und Kommunisten wollen nach  
ihren letzten Parteitag verstärkt um die  
christlichen und katholischen Arbeiter werben.  
Wohlan, wir nehmen den Kampf um die Durch-  
gehung der Arbeiterbewegung und des Volks-  
lebens auf!

Die sog. bürgerlichen Parteien müssen jedoch  
in all ihren Gliedern lernen, daß mit dem, was  
heute ist, die christliche Arbeiterchaft sich nicht  
zufrieden geben kann. Deutschland war bis vor  
wenigen Jahren ein Privilegienstaat zuun-  
gunsten der Arbeiterchaft auf fast allen Ge-  
bieten. Auf politischem Gebiete sind diese Pri-  
vilegien beseitigt. Im Wirtschafts- und Kultur-  
leben sind wir in den letzten Jahren anstatt vor-  
wärts vielfach rückwärts gegangen. Vor  
hundert Jahren haben die meisten europäischen  
Fürsten trotz der Opfer, die das Volk in den  
Freiheitskriegen gebracht hat, dem gleichen  
Volke die Mitwirkung an den Staatsgeschicken  
vorenthalten und verweigert. Unterdessen sind  
wir weit über die damalige Volksforderung  
herausgewachsen. Heute haben wir nicht mehr  
Konstitutionen (Mitwirkung des Volkes an den  
Staatschicksalen), heute haben wir politische  
Demokratie (Volks Herrschaft). Vor hundert  
Jahren haben die Fürsten dem Volke die Mit-  
wirkung am Staate verweigert, heute verwei-  
gert umgekehrt das Volk den Fürsten die Mit-  
wirkung an dem Staatsgeschick. Dieselben  
Kräfte, die wir im Staatsleben vorfinden, sind  
auch in der Wirtschaft lebendig. Heute leben wir  
im Zeitalter der Rationalisierung, der Kapitali-  
sierung, der Verstrufung. Glaubst denn jemand,  
daß die Arbeiterchaft dauernd diese Dinge über  
sich ergehen läßt, ohne Einblick in sie und Einfluß  
auf sie zu erlangen? Die Arbeiterchaft wird  
nicht eher Ruhe geben, bis der Artikel 165 der  
Reichsverfassung (gleichberechtigte Mitwirkung  
der Arbeitnehmerschaft in der Wirtschaft)  
Wirklichkeit geworden ist. Es ist daher ein  
kleinliches Beginnen, sich selbst gegen die pari-  
tätische Ausgestaltung der Handels-, Landwirt-  
schafts- und Handwerkskammern stemmen zu  
wollen. Solche Dinge hält man nicht auf, sie  
kommen, wenn nicht rechtzeitig, nur um so ele-  
mentarer.

Ähnliches gilt auf dem Gebiete des Bildungs-  
wesens. Der preussische Staat zahlt heute schon  
für jeden Studenten jährlich 1655 Mark als Zu-  
schuß zu den Hochschulen. Die Staatszuwendun-  
gen für das akademische Studium aber sind im  
allgemeinen nur Kindern einer dünnen Bil-  
dungsschicht und jenen der besitzenden Schicht  
zustatten gekommen. Bei sparsamer Lebensfüh-  
rung des Studenten zahlt heute schon der Staat  
oft 60—70 Prozent (es kommt darauf an, ob  
der Student die Hochschule am elterlichen  
Wohnort oder anderwärts besucht) der studen-  
tischen Kosten. Die Kinder der Arbeiter, der  
kleinen Bauern und Handwerker usw. werden  
im allgemeinen nicht dümmer geboren als jene,  
deren Eltern akademische Bildung genossen oder  
die sich einen wohlhabenden Vater gewählt  
haben. Es müssen daher Mittel und Wege ge-  
funden werden, die den wirklich Tüchtigen aus  
allen Volksschichten ohne Rücksicht auf das  
Portemonnaie des Vaters die für sie geeignete  
Ausbildung und so das Hineinwachsen in alle  
führenden Stellen ermöglichen, die Volk, Ge-  
sellschaft, Staat und Wirtschaft zu vergeben  
haben.

Diese Dinge in Verbindung mit der Steige-  
rung des Reallohnes und der Entproletarisie-  
rung der Arbeiterchaft, sowie die Ethisierung  
von Konsum und Produktion sind es, um die es  
in den nächsten Jahren geht. In Kiel wurde als

Ziel aufgestellt, die katholischen Arbeiter zur  
Sozialdemokratie herüberzuziehen, während die  
anderen Bestandteile der Zentrumspar-  
tei bei der Wirtschaftspartei oder einer Bauern-  
par-  
teii landen könnten. Das will im Zentrums-  
lager gewiß niemand. Es müssen daher beson-  
ders alle Zentrumsangehörigen diese Dinge  
sehen lernen, wie sie sind, und ein anderes inne-  
res Verhältnis zur Arbeiterchaft finden.

II.

Ein bestimmter Faden, neu nur in seiner Art,  
zog sich durch den diesjährigen Sozialdemokra-  
tischen Parteitag, nämlich der Gedanke der Er-  
oberung der christlichen Arbeiter für die So-  
zialdemokratie. Natürlich hat dieser Gedanke  
bei der Sozialdemokratie bestanden, seitdem sie  
existiert. Sie hat ein Menschenalter hindurch  
mit ansehen müssen, daß diese christlichen Ar-  
beiter ihre eigenen Wege gingen. Sozialisten  
haben sich immer darüber gewundert, eben weil  
sie von der Auffassung ausgingen, daß alle die-  
jenigen, die sich aus sittlichem Bewußtsein im  
Kampfe gegen die Lähmungen und Zerstörungen  
des Kapitalismus verbunden fühlen, zum Sozia-  
lismus stoßen müßten. Und hier beginnt der  
Irrtum. Diese Auffassung ist falsch. Die zer-  
störenden Wirkungen des Kapitalismus bekämp-  
fen, zwingt so wenig zum sozialistischen Be-  
kenntnis, wie das Bewußtsein, Lohnarbeiter zu  
sein, oder die klar erkannte Wahrheit, daß die  
Schicht der Lohnarbeiter sich innerhalb der  
anderen Volksschichten durchsetzen und ihren  
Platz erkämpfen muß.

Die in der christlich-kirchlichen Atmosphäre  
lebenden Arbeitermassen haben ein Klassen-  
bewußtsein eigener Art, das sie wohl zu einer  
berufswirtschaftlichen, sozialen, politischen und  
kulturellen Initiative und zu organisatorischen  
Maßnahmen drängt, aber ohne darum Sozial-  
demokraten werden zu können. Wir sagen mit  
Absicht: zu können. Sie können es nicht, weil ihr  
ganzes Streben eingebaut ist in den religiösen  
Sinn vom Leben in all seinen Auswirkungen.  
Der von der marxistischen Geisteswelt geprägte  
Arbeiterkollege wird das so lange nicht begrei-  
fen, als er eben marxistisch-mechanisch denkt.  
Ob er einmal anders denken wird, steht dahin.

Wenn die Sozialdemokratie nun glaubt, aus  
der Tatsache einer gewissen Gärung in der  
christlichen Arbeiterchaft auf eine „Reise für  
den Sozialismus“ schließen zu können, so irrt  
sie sich. Gerade diejenigen christlichen Arbeiter,  
die innerhalb der Zentrumspar-  
teii aufbegehren und ihr Recht verlangen, denken nicht daran,  
diesen ihren Kampf um Gleichberechtigung ab-  
zubrechen und im roten Meer unterzutauchen.  
Ihre Eigenart wollen sie in einer zu schaffenden  
Volksordnung wahren. Staatsbürger, nicht  
Staatsknechte, Stand, nicht Klasse, Volk, nicht  
Masse wollen sie sein. Die Sozialdemokratie  
wird erfahren, daß der von den Kommunisten  
herkommende Gedanke der „Einheitsorgani-  
sation“ und „Einheitspar-  
teii“ in der christlichen  
Arbeiterchaft keine Gegenliebe findet, auch  
nicht, wenn er unter der äußerlichen Schonung  
religiöser Empfindungen erfolgen sollte. Die  
christlichen Arbeiter wissen, was sie wollen und  
warum sie es wollen.

Die Wandlungen innerhalb der Sozialdemo-  
kratie, weltanschaulich und praktisch-politisch,  
müßten ganz andere sein, wenn der angekündigte  
Eroberungszug irgendwelche Aussicht auf Er-  
folg haben sollte. Und Kirche, christliche Ge-  
werkschaften und katholische Arbeitervereine  
wie Zentrumspar-  
teii müßten unglaubliche Unter-  
lassungen begehen, wenn sich christliche Arbeiter  
an die heutige Sozialdemokratie verlieren soll-  
ten. Den genannten Faktoren solche Unter-  
lassungen zuzumuten, hieße sie beleidigen.

# Die Weltwirtschaftskonferenz.

Von F. Waltrusch,

Die Weltwirtschaftskonferenz hat in der Zeit vom 4. bis 23. Mai d. J. in Genf getagt. Es lohnt sich, kurz die wesentlichsten Beschlüsse und einige wichtige Vorgänge auf der Konferenz kritisch zu beleuchten. Sehr nahe läge es, Vergleiche mit den früheren internationalen Wirtschaftskonferenzen, besonders mit der Genueser des Jahres 1922 anzustellen. Dem soll widerstanden werden. Nur sei hervorgehoben, daß die Konferenzen vor Genf (Spaa, Brüssel, Genua) einen mehr oder minder starken politischen Einschlag hatten, während die Genfer Konferenz von vornherein eigentlich nur rein wirtschaftlich eingestellt werden sollte. Eine Tradition hat sich aus der Reihe internationaler Wirtschaftskonferenzen bisher noch nicht herausgebildet. Es wechselten nicht nur die Personen, sondern auch die Arten des Aufzuges und der Durchführung der Konferenzen, sowie selbstverständlich die Tagesordnungen. Das hinderte aber keineswegs daran, daß auf allen bisherigen derartigen Tagungen eine Reihe von wirtschaftlichen Beschlüssen und Empfehlungen angenommen wurde, die, wenn man lediglich auf Sinn und Geist derselben achtet, einander ähneln wie ein Ei dem andern. Nichtsdestoweniger bleibt es nach wie vor doch unerlässlich, daß immer wieder wirtschaftliche Wahrheiten und Selbstverständlichkeiten von angesehenen Wirtschaftsfachverständigen wiederholt werden, damit endlich auch die verantwortlichen Politiker in den verschiedensten Staaten der Welt darauf hören und schließlich auch die Konsequenzen ziehen.

Auch in der Genfer Konferenz sind nicht gerade große Neuigkeiten entdeckt worden. Immerhin verdienen die Beschlüsse der Handels-, Industrie- und Agrarkommissionen durchaus ernste Beachtung. Vorweg sei bemerkt, daß sowohl an den Arbeiten im Plenum als auch in den Kommissionen der Vierhundert-Mann-Konferenz zehn christliche Gewerkschafts- und Genossenschaftsvertreter aus verschiedenen Ländern mitgewirkt haben. Sie haben zu den wichtigsten Punkten der Tagesordnung von vornherein in einer Erklärung, die den Konferenzteilnehmern einzeln ausgehändigt wurde und die in der Weltpresse viel Beachtung fand, Stellung genommen. In der Handelskommission und später im Plenum hat sich — das war der allgemeine Eindruck — der Zollabhängigkeitsgedanke absolut durchgesetzt. Ebenso auch die Absicht, die sonstigen zahlreichen Handels- und Verkehrshemmnisse zu beseitigen. Die Konferenz stellte sich unzweideutig auf den Boden langfristiger Handelsverträge mit dem Rechte weitgehendster Meistbegünstigung. Die französische These, den internationalen Kartelliergedanken gegenüber dem Handelsvertragsgedanken besonders herauszustellen, fand, obwohl sie lebhaft von Loucheur, Deyerdhoff und Jonhaux befürwortet wurde, keinen Anklang. Ebenfalls auch die französischen Vorbehalte bezüglich der Schutzvögel „im Interesse der Landesverteidigung“ und „wirtschaftlichen Notwendigkeiten“. Sogar in der landwirtschaftlichen Kommission herrschte der Geist des Zollabbaus und des Wegfalls der Ein- und Ausfuhrverbote. Von den landwirtschaftlichen Sachverständigen aus allen Erdteilen wurde unter Führung von Dr. Hermes der Gedanke der Selbsthilfe in den Vordergrund gestellt und verlangt, daß in den Ländern, wo noch protektionistische Zölle bestehen, diese nebst den Industriezöllen auf ein Minimum herabgesetzt werden sollen. Hohe Agrarzölle sind längst kein Allheilmittel mehr für die Landwirtschaft. Besonders starken Eindruck machten die tiefgründigen Ausführungen des weithin bekannten Agrarfachverständigen Professor Dr. Sering. Dieser nahm u. a. auch Stellung zum Reparationsproblem und zur Verschuldung und Verarmung Europas. Von diesen Dingen sollte eigentlich in der Genfer Konferenz nicht geredet werden. Der Tätigkeit des Vorsitzenden des christlichen Landarbeiterverbandes, Franz Behrens, ist es zu danken, daß eine gewisse antisoziale Strömung in der Kommission sich in den Beschlüssen erstensherweise nicht auswirken konnte.

Die Industrie-Kommission nahm Stellung zu den Fragen der Rationalisierung, zum Kartellwesen und zum Ausbau der internationalen Wirtschaftstatistik. In der Resolution zur Rationalisierungsfrage sind die Forderungen der Arbeitnehmervertreter fast reiflos aufgenommen. Als Zweck der Rationalisierung wird ganz richtig die Produktionssteigerung, einhergehend mit der Preisverbilligung und mit der Hebung des Lebenshaltungsniveaus der breiteren Masse des Volkes erkannt und betont. Für die zeitweiligen Opfer der Rationalisierung soll durch die Arbeitslosenversicherung sowie durch sonstige öffentliche Hilfe gesorgt werden. Der Ausbau der Weltwirtschaftstatistik zwecks Gewinnung genauerer Produktionsziffern sowie Bestandserhebungen wurde als dringlich erachtet. Die nationalen und internationalen Kartelle wurden nur dann als zulässig betrachtet von der Konferenz anerkannt, wenn sie den technischen Fortschritt und die Produktion fördern, sowie zur Verbilligung und Verbesserung der Erzeugnisse

beitragen. Eine bessere Durchleuchtung und größere Publizität in bezug auf das Wesen und die Wirkungen der Kartelle wird gefordert. Die Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes soll besonders die Entwicklung der industriellen Zusammenarbeit und ihre Wirkungen auf den technischen Fortschritt, auf die Produktion, auf die Arbeitsbedingungen, sowie auf die Versorgung der Konsumenten und auf die Preisbildung sorgfältig verfolgen. Die Resultate dieser Beobachtungen und Informationen sollen rechtzeitig der Öffentlichkeit vom Völkerbund übergeben werden.

Eine eigentümliche Rolle spielte der bekannte schweizerische Gelehrte Professor Cassel. Er verglich völlig zu Unrecht die „Monopole der Gewerkschaften“ mit den Monopolen der industriellen Unternehmungen, die bemüht sind, die Preise über das Marktniveau zu steigern. Professor Cassel übertrug wörtlich an: „Bei denjenigen Industrien, die über einen lokalen Markt verfügen und die natürlicherweise gegen den auswärtigen Wettbewerb geschützt sind, haben die Gewerkschaften die Löhne sehr weit über das Maß hinaustreiben können, das die übrigen Industriezweige, die der freien Konkurrenz ausgesetzt sind, aufzuweisen haben. Das Ergebnis ist die Tatsache, daß die Lebenshaltungskosten infolge des Mißverhältnisses der Entlohnung weit über der allgemeinen Großhandelsverteuerung stehen.“ Cassel gibt deswegen den Gewerkschaften zu einem Teile die Schuld an der außerordentlichen Arbeitslosigkeit. Er verallgemeinert m. E. einige nicht sehr erfreuliche Vorgänge in seiner engeren Heimat viel zu sehr, und überfließt dabei völlig, daß durchschnittlich die europäischen Arbeitnehmermassen mit ihren Löhnen hinter den Preissteigerungen zurückbleiben. Der durch seinen freimütigen Kampf gegen den Dawesplan sehr verdienstvolle, aber trocken manchesterlich eingestellte Gelehrte begeht, wie viele Unternehmervertreter, den Fehler, die privaten Warenmonopole der Arbeitgeber den Bestrebungen der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften, die sich den Schutz der menschlichen Arbeitskraft vor Ausbeutung zum Ziel gesetzt haben, gleichzusetzen. Er vergißt, daß der Arbeitsmarkt kein Warenmarkt ist, und daß der Arbeitsvertrag keinen Kaufvertrag darstellt. Die Arbeit, deren Schutz die Gewerkschaften betreiben, ist an den lebendigen Menschen gebunden, ist also nicht eine tote Sache, ein Objekt, sondern die persönliche Leistung eines vom Arbeitswillen beseelten Subjekts. Waren werden gesammelt, Arbeitskräfte sammeln sich; Waren sind passiv, die Menschen aktiv; Waren kann man vernichten, Menschenvernichtung oder Menschenausbeutung ist ein Verbrechen. Hinzu kommt noch, daß die Gewerkschaften ja absolut kein Monopol haben. In Deutschland sind z. B. die Arbeitnehmer überhaupt erst zu einem guten Drittel gewerkschaftlich organisiert. In fast allen Ländern sind die Aufseher und Schmarotzer, und damit die willfährigen Gehilfen der Unternehmer-Interessen, leider weit in der Mehrzahl.

Außerordentlich interessant und vorbildlich für die wirtschaftliche Erkenntnis der deutschen Unternehmer mußten eigentlich die Ausführungen des amerikanischen Sachverständigen Robinson und des englischen Delegierten Layton sein. Robinson gab in seinen Ausführungen die wirtschaftliche Auffassung, die augenblicklich in den Vereinigten Staaten überwiegt, wieder. Er sagte u. a., nachdem er der Verbesserung des Verkehrswesens und der Mechanisierung der Industrie, sowie der gesetzlichen Kontrolle der Juggenants Trusts und der Erziehung der Öffentlichkeit zur Wahrnehmung ihrer Interessen und ebenso der Erziehung der Trustleiter hinsichtlich ihrer Verpflichtungen gegenüber der Allgemeinheit gedacht hatte, folgendes: „Anfangs waren die Arbeiter in mehr oder minder versteckter Weise der Einführung von Maschinen abgeneigt. Aber die Arbeitgeber, weit entfernt davon, die Preisverbilligung, also das Ergebnis scharfen Wettbewerbs, durch Lohnherabsetzungen auszugleichen, waren vielmehr bemüht, das Lohnniveau zu heben und sich aller Verbesserungen der Geschäftsführung zu bedienen, ebenso wie der Ingebrauchnahme der Maschinen, um die Selbstkosten herabzudrücken. Die Arbeitnehmer begannen von da an allmählich zu begreifen, daß sie selbst einen Teil des Geldes, das auf diese Weise (durch Rationalisierung nämlich) erspart worden war, erhielten. Und heute haben wir die überraschende Tatsache: man sieht sie (die Arbeitnehmer) sich heute infolge der Verbesserungen beglückwünschten und zur Weiterführung von Verbesserungen beitragen.“ Wenn doch diese Erkenntnis von der Stärkung der Kaufkraft der Arbeiter sich schneller als bisher auch in den Köpfen der Unternehmer der alten Welt, insbesondere auch Deutschlands, durchsetzen würde.

Der englische Delegierte und bekannte Redakteur des „Economist“, Layton, hat mit seinen Ausführungen sowohl im Plenum wie in der Kommission allergrößten Eindruck gemacht. Er wies auf die großen Verschiebungen und Umfichtungen, die sich in der industriellen Produktion der Welt in der Kriegs- und Nachkriegszeit vollzogen haben und die wesentlich veränderte Bevölkerungsverteilung hin. Reineswegs könnte man mehr zu Kriegs-

verhältnissen zurückkehren. Das Reparations- und Schuldenproblem sowie auch die Bevölkerungsfrage erheben ihr Haupt. Er fragte die Amerikaner, ob sie bereit seien, die notwendigen Konsequenzen aus dem Umstande, daß sie seit dem Kriege die Gläubiger in der Welt geworden sind, zu ziehen. Natürlich bedeutet das nichts mehr und nichts weniger als die Frage: Will sich Amerika weiter mit hohen autonomen Zöllen von den Waren seiner Schuldhner-Länder abschließen? Letzten Endes kann doch immer nur mit Waren bezahlt werden. An Rußland richtete Layton die Frage, wie sich denn die Sowjet-Regierung eigentlich die weitere Entwicklung des russischen Handels mit allen den übrigen (kapitalistischen) Staaten in Zukunft denkt? Layton verlangt die Anerkennung dreier Grundsätze, die jedem vernünftigen Menschen eigentlich als eine Selbstverständlichkeit erscheinen sollten, leider aber nicht den verantwortlichen Politikern so erscheinen. Die Sätze lauten, auf eine kurze Formel gebracht: „Erstens: Die Erkenntnis, daß die gegenseitige Abhängigkeit der europäischen Länder so stark ist, daß ihre Prosperität sich nur im ganzen entwickeln kann, oder im ganzen zurückgehen wird. Zweitens: Die materielle Wohlfahrt bedingt Vermehrung und Entwicklung der Produktion. Eine auf Produktionseinschränkung gerichtete Politik kann nur zur Senkung des Lebensstandards führen. Drittens: Die europäische Produktion kann technisch nur dann auf der Höhe gehalten werden, wann eine hinreichende Spezialisierung nicht nur zwischen den verschiedenen Industrien, sondern auch zwischen den verschiedenen Ländern eintritt, demzufolge also ständig wechselnder gegenseitiger Warenaustausch, Wirtschaftsverflechtung und Zusammenarbeit.“ Layton zeichnet mit einem Satz die europäische Situation außerordentlich treffend: „11 000 km neue Zollgrenze, 10 Mill. Menschen, deren Ernährer arbeitslos sind und dabei über 9 Milliarden Goldmark jährliche Ausgaben für Kriegsrüstung.“

Die Delegierten der Sowjet-Republik Rußland spielten eine eigentümliche Rolle auf der Konferenz. Den größten Teil der Beschlüsse lehnten sie aus grundsätzlichen (marxistischen) Gründen ab, einem andern Teil stimmten sie zu, bezweifelten aber ihre Durchführbarkeit im kapitalistischen System, das sie besonders brandmarkten. Trotzdem verlangten sie von den Vertretern des Kapitalismus auf der Konferenz Kredite und immer wieder Kredite!

Die neuherausgestellten Arbeiten der Genfer Konferenz, die in den Beschlüssen liegen, besonders die Aufstellung eines einheitlichen Zolltariffschemas und Zollnomenklatur sollen durch einen Wirtschaftsausschuß in Verbindung mit den Wirtschaftssekretariaten des Völkerbundes alsbald durchgeführt werden. Das ist von größter Bedeutung. In dem Wirtschaftsausschuß beim Völkerbund sollen auch Vertreter der Arbeiter mitwirken. Das ausgezeichnete Material der Konferenz wird demnächst zusammengestellt auch in deutscher Sprache erscheinen.

## Die Musikinstrumenten- und die Spielwarenindustrie nach der Betriebszählung von 1925.

### I. Ergebnisse der Zählung von 1925.

In den beiden in der Gewerbezgruppe XV vereinigten Industrien, der Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie, die mit zu den ältesten und bekanntesten Qualitätsindustrien Deutschlands zählen, sind im Jahre 1925 insgesamt 20 000 Betriebe mit 119 000 beschäftigten Personen ermittelt worden. Trotz ihres geringen Umfangs — neben der Leinwandindustrie bilden sie die kleinste Industriezweig — haben sie nicht nur den Wirtschaftscharakter einzelner Landstriche Deutschlands zu prägen vermocht, sondern sich auch als wichtige Exportindustrien auf dem Weltmarkt durchgesetzt.

### 1. Die Musikinstrumentenindustrie.

Von der ganzen Gruppe XV entfallen 9000 Betriebe mit 64 000 Personen auf die Musikinstrumentenindustrie. Ihr Hauptgebiet ist das Land Sachsen, vor allem das Vogtland und die Stadt Leipzig. Fast zwei Drittel aller Betriebe und mehr als ein Drittel ihres Personals entfallen auf Sachsen. Der Piano- und Streichbau und die Herstellung von Harmoniken, Streich- und Saiteninstrumenten bilden hier die wichtigsten Zweige. Nicht Sachsen folgt Berlin mit Piano- und Sprechmaschinenbau und Württemberg mit Herstellung von Harmoniken und mit Piano- und Streichbau. Auch Thüringen (Piano- und Streichbau) ist zu erwähnen.

In der vogtländischen Streich- und Saiteninstrumentenfabrikation und in der Harmonikherstellung im Vogtland und in Württemberg tritt das Hausgewerbe stark hervor. In Sachsen wurden 4400 Hausgewerbebetriebe mit 6042 Personen und in Württemberg 358 Hausgewerbebetriebe mit 312 Personen (davon einige Betriebe ohne Personal) ermittelt. Die entsprechenden Gesamtzahlen für das Deutsche Reich betragen 4853 und 6492.

Die Musikinstrumenten- und die Spielwarenindustrie in den deutschen Ländern.

Table with 7 columns: Länder und Provinzen, Zahl der gewerblichen Betriebsstätten, Zahl der beschäftigten Personen (insgesamt, davon weiblich), Zahl der gewerblichen Betriebsstätten, Zahl der beschäftigten Personen (insgesamt, davon weiblich). Rows include Prussia, Berlin, Brandenburg, etc.

Das Personal der Betriebe verteilt sich je zur Hälfte auf Klein- und Mittelbetriebe (bis 50 Personen) einerseits und auf Großbetriebe (über 50 Personen) andererseits.

Die Frauenarbeit ist in der Musikinstrumentenindustrie verhältnismäßig wenig verbreitet. Nur 19 v. H. aller Beschäftigten sind Frauen, während im Durchschnitt von Industrie einschl. Handwerk ihr Anteil 23 v. H. beträgt.

2. Die Spielwarenindustrie.

Die Spielwarenindustrie umfaßt rund 11 000 Betriebe mit 55 000 Personen. Ebenso wie die Musikinstrumentenfabrikation ist sie nicht über weitere Teile des Reiches verstreut, sondern auf wenige Gegenden beschränkt.

Table with 2 columns: Betriebe, Personen. Rows: Thüringen (5558, 11 834), Bayern (1610, 2 745), Sachsen (Land) (1059, 1 458), Württemberg (245, 249).

Entsprechend der größeren Rolle, die hier das Hausgewerbe spielt, treten auch die kleineren Betriebsgrößenklassen stärker als in der Musikinstrumentenindustrie hervor.

Auch die Frauenarbeit tritt infolge hausgewerblicher Betriebsorganisation stärker in Erscheinung. Mehr als die Hälfte aller Beschäftigten sind Frauen.

II. Vergleich mit der Zählung von 1907.

Seit der letzten Zählung haben beide Gewerbezweige in etwas stärkerem Maße als Industrie und Handwerk im ganzen an Ausdehnung gewonnen.

(Aus: Wirtschaft und Statistik)

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Am Interesse der Mitglieder mögen wir daran aufmerksam machen, daß für die Zeit vom 26. Juni bis 2. Juli 1927 der 26. Wochenbeitrag im Jahre 1927 fällig ist.

Teilzahlungen. Die Zahlstellenkassierer werden gebeten, die eingehenden Beitragsgelder sofort an die Hauptkasse einzusenden.

Lohn- und Tarifbewegung.

Neuregelung der Überstundenvergütung gemäß dem Arbeitszeitnotgesetz.

Der Mantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe, abgeschlossen am 15. Februar 1927, enthält in dem § 12 folgende Bestimmung:

Bedingen die wirtschaftlichen Verhältnisse trotz normaler Beschäftigungsziffer eines Betriebes eine weitere Steigerung der Produktion, so kann die Arbeitszeit für den Betrieb oder eine Betriebsabteilung nach Benehmen des Arbeitgebers mit der Betriebsvertretung bis auf 51 Stunden wöchentlich verlängert werden.

Für diese Mehrarbeit ist ein Lohnzuschlag von 10 Prozent des vertraglichen Durchschnittslohnes zu zahlen.

Diese in der Zeit der allgemeinen Arbeitszeitverlängerung 1924/25 entstandene Bestimmung, durch die zwar im Holzgewerbe die achtstündige Arbeitszeit grundsätzlich nicht berührt wurde, jedoch den Betriebsinhabern in gewisser Beziehung die Möglichkeit gab, pro Woche drei Stunden Überarbeit mit geringem Zuschlag zu verlangen, stand nicht im Einklang mit der am 1. Mai 1927 in Kraft getretenen Verordnung über die Arbeitszeit.

Der Absatz II des § 6 a erwähnter Verordnung enthält nämlich folgende Bestimmung: „Als angemessene Vergütung gilt, sofern die Beteiligten nicht nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eine andere Regelung vereinbaren oder besondere Umstände eine solche rechtfertigen, ein Zuschlag von 25 vom Hundert.“

Der Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes hatte beantragt, durch eine Vereinbarung mit den am Mantelvertrag für das Holzgewerbe beteiligten Vertragsparteien den bisherigen Zustand während der Vertragsdauer bestehen zu lassen.

Auf Antrag der Vertragsparteien hatte der Herr Reichsarbeitsminister den Herrn Oberregierungsrat Dr. Wende, Berlin, gemäß § 6 a der Verordnung über die Arbeitszeit vom 14. April 1927 zum Schlichter zur Herbeiführung einer bindenden Regelung im Sinne der Verordnung bestellt.

Die diesbezüglichen am 20. Juni beim Reichsarbeitsministerium, vor dem bestellten Schlichter, stattgehabten Verhandlungen führten ebenfalls zu keiner Einigung.

„Für die Mehrarbeit nach § 12 des Mantelvertrags ist vom Juli d. J. ab ein Lohnzuschlag von 25 Prozent des vertraglichen Durchschnittslohnes zu zahlen.“

Durch diesen Schiedsspruch, der bindend ist, verliert die Bestimmung in § 12 des Mantelvertrags, soweit die Überstundenvergütung in Frage kommt, ihre Gültigkeit.

Berichte aus den Zahlstellen.

Herzbrock. Wenn du nach Herzbrock gehst, dann lasse alle Hoffnungen fahren. So konnte man seit Jahren allen Kollegen, die dort Arbeit annahmen, zuzurufen, da die dortigen Arbeitgeber den Verband nie aufkommen ließen. Jede gewerkschaftliche Betätigung wurde gleich in ihren Anfängen unterdrückt.

Diese menschenunwürdigen Verhältnisse führten dazu, daß die Kollegen endlich zu der Einsicht kamen, daß nur durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß Abhilfe geschaffen werden konnte. Seit einigen Wochen hat sich der größte Teil der dort beschäftigten Kollegen unserem Verbande angeschlossen.

Die eigentlichen Kongreßverhandlungen, die unter Leitung des Reichstagsabgeordneten Kollegen Joos stattfanden, wurden eingeleitet durch ein Referat von Verbandspräsidenten Monsignore Walterbach über die Richtlinien für die Ziele und den Aufbau der katholischen Arbeiterbewegung Deutschlands.

Bezirk und des ganzen Verbandes sei. Dieses kam besonders auch in einer gefassten Entschliessung zum Ausdruck.

Unser Kollege Schick-Köln, der jahrelang in dem Bezirk als Bezirksleiter tätig war und die Verhältnisse genau kennt, hielt in der öffentlichen Versammlung ein großangelegtes Referat über die Lohn- und Tarifpolitik im Holzgewerbe.

Kollege Rutschmidt-Bochum schilderte dann noch eingehend den reaktionären Geist der Herzbrocker Arbeitgeber; man fühle sich 30 Jahre zurückgesetzt, wenn man die Anschauung dieser Arbeitgeber höre.

Mit einem kräftigen Appell an alle Kollegen, fest und treu zusammenzustehen und dafür zu sorgen, daß auch alle Berufsangehörigen restlos der Organisation beitreten, wurde die interessant verlaufene Versammlung von dem Versammlungsleiter geschlossen.

Nachmittags fand noch eine wichtige Zahlstellenkonferenz statt, wo besonders Stellung genommen wurde zu einer intensiven und planmäßigen Werbearbeit im Bezirk.

Die Tagung von Herzbrock hat wertvolle Anregungen für alle Kollegen gegeben und es ist zu hoffen, daß im Kreise Wiederbrück nunmehr wieder eine regere gewerkschaftliche Tätigkeit für unseren Verband entfaltet wird.

Sterbetafel.

- Johann Sellkes, Schreiner, 74 Jahre, Biersen, Josef Donapetzki, Schreiner, 54 Jahre, Selsenkirchen, Konrad Waf, Hilfsarbeiter, 62 Jahre, Zapfendorf, Adolf Walter, Schreiner, 33 Jahre, Langenbrücken, Wendelin Maier, Schreiner, 28 Jahre, Schramberg, Heinrich Mayer, Schreiner, 73 Jahre, Frankfurt/M. Ruhet in Frieden!

Rundschau.

Reichsverband katholischer Arbeitervereine. Zu Pfingsten fand in Koblenz der 3. Kongreß des Kartellverbandes katholischer Arbeitervereine statt, auf dem die Gründung eines Reichsverbandes katholischer Arbeitervereine beschlossen wurde.

Der Koblenzer Kongreß fand im Zeichen des 50. Todestages des sozialen Mainzer Bischofs Ketteler. Die besondere Kettelerfeier in der großen Stadthalle, in der Stiftskaplan Dr. Landmesser-Nachen über Ketteler und Polizeipräsident Weyer-Oberhausen über den katholischen Arbeiter und die Kirche sprachen, diente der besonderen Ehrung des Arbeiterbischofs.

nijation und Satzungen des Reichsverbandes. Dr. Köhr vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften referierte über die neuzeitlichen sozialpolitischen Forderungen im Lichte der Standwerdung der deutschen Arbeiterschaft. Besondere Erwähnung verdient der in dem Referat besonders unterstrichene Gedanke, daß der Wille zur Sozialpolitik auch den stärksten Willen zur Eigenbetätigung erfordert. Das Streben der Bewegung müsse nicht nur von den beamteten Führern, sondern stärkstens von den im Berufsleben stehenden Arbeitern getragen werden.

Seine Stellungnahme zu den verschiedensten Problemen legte der Kongress in Entschlüssen nieder. In seinem Schlußwort streifte der Vorsitzende, Kollege Joos, das Verhältnis der christlichen zur sozialistischen Arbeiterbewegung. Die christliche Arbeiterbewegung sei im Sittlichen und Religiösen verwurzelt. Aus diesem tief verwurzelten Eigenleben ergebe sich, daß der von der Sozialdemokratie erwartete Zulauf der katholischen Arbeiter nicht eintreten werde.

**Werksgemeinschaft und evangelisch-sozialer Kongress.**

Der vor einigen Tagen in Hamburg abgehaltene Evangelisch-soziale Kongress beschäftigte sich mit der Frage der Werksgemeinschaften. In seinem Referate betonte der Kieler Universitätsprofessor Dr. Ludwig Heyde, daß die Werksgemeinschaft von vornherein an der Fehlerhaftigkeit ihrer Voraussetzungen kranke, da der Betrieb hier entgegen dem Wesen der heutigen Wirtschaftsverfassung als eine Gemeinschaftsform nach Art von Ehe und Familie angesehen, die Dauerhaftigkeit des Verbandes zwischen dem Betriebsleiter und den Arbeitern ebenso überschätzt würde, wie die Tiefe des persönlichen Verhältnisses zwischen ihnen. Diese Überschätzung der einen Richtung laufe mit einer Unterschätzung der Bedeutung der unpersonlichen Unternehmungsform für den Geist des Großbetriebs parallel.

Kein machtpolitisch seien die Werkvereine als Ersatz der Gewerkschaften heute an sich ohnmächtig und fristeten ihr Dasein davon, daß sie von manchem Arbeitgeber für bequemer gehalten würden, als der Umgang mit den gewerkschaftlichen Organisationen. Die Anerkennung der Werksgemeinschaftsbewegung setze auch ein nicht kartelliertes Arbeitgeberbium voraus, das sich nie bilden wird. So habe sich heute ein Zustand herausgebildet, daß — einmal ausgeschaltet die heute bestehenden gewerkschaftlichen Bildungen — der auf das Werk beschränkten Werksgemeinschaftsbewegung ein stark kartelliertes Arbeitgeberbium entgegenstehen würde. Die negativen Auswirkungen der ganzen Werksgemeinschaftsbewegung würden sich vor allen Dingen auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes herausstellen. Ein völliges Lohnchaos und eine ungeheure Arbeiterfluktuation würden die Folgen sein. Das aber wäre weder volkswirtschaftlich ein Gewinn, noch würde es für das deutsche Volk einen moralischen Fortschritt bedeuten, wenn die Masse in dieses manchesterliche Stadium zurückgeworfen würde. Prof. Heyde warnte am Ende seiner Ausführungen davor, die Werksgemeinschaft als Erlösung aus den Banden des Klassenkampfes anzusehen. Ein verantwortungsbewusstes Handeln im Dienste des Volkstums sei heute die dringliche Aufgabe eines jeden einzelnen.

In der Aussprache wies der Präses der Handelskammer Altona, Hans Menek, darauf hin, daß bei der heutigen Fluktuation der Arbeiterschaft eine Werksgemeinschaft nicht zu erreichen sei. Die größten Erfolge würden seitens der Leiter der Unternehmungen dann erreicht werden können, wenn dieselben ihrer Arbeiterschaft ein gutes Beispiel der Pflichttreue gäben.

**Regierungsrat a. D. Dr. jur. Walter Pitzsche †.**

Der uns nahestehende Deutsche Versicherungs-Kongress, in dem bekanntlich die Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft und die Deutsche Feuerversicherung Aktien-Gesellschaft zusammengeschlossen sind, hat jenseits einen herben Verlust erlitten; sein Vorstandsmitglied, Regierungsrat a. D. Dr. jur. Walter Pitzsche, ein mit hohen Eiden ausgestatteter Verwaltungsbeamter, ist am Dienstag, den 21. Juni ds. Js., plötzlich im 58. Lebensjahre an Herzschlag verstorben. Er hatte noch am Tage vorher an den Aufsichtsratsitzungen beider Gesellschaften teilgenommen, sie aber eines Schwächeanfalles wegen vorzeitig verlassen müssen. Daheim erreichte ihn dann

der Tod. Es war ihm noch vergönnt, den großen Aufstieg der von ihm geleiteten Unternehmen zu erleben und zu sehen, wie der von ihm mit großem Eifer propagierte vorbeugende Gesundheitsfürsorgedienst von einer großen Anzahl deutscher und ausländischer Gesellschaften mit übernommen wurde. Wir werden diesem ausgezeichneten Manne ein dauerndes Andenken bewahren!

**Aus dem gewerblichen Leben.**

**Preisjudikat oder freie Konkurrenz?**

Bekanntlich ist die deutsche Zementindustrie so geschlossen syndiziert, daß sie konkurrenzlos die Preise diktieren kann. Die volkswirtschaftlich nachteilige Wirkung macht sich in einer schädlichen Preispolitik bemerkbar. Nach der Berechnung des Statistischen Reichsamts beträgt der Durchschnittspreis der Zementpreise in Berlin, Breslau, Leipzig, München und Essen 160,5 Prozent des Friedenspreises, während der Reichsdurchschnitt der Baustoffe bedeutend niedriger liegt. Seit einiger Zeit bereiten Außenleiter dem bisher lückenlosen Zementyndikat schwere Sorgen. Die erste gute Folge davon war, daß die beim Reichswirtschaftsministerium bereits beantragte Verkaufspreiserhöhung fallen gelassen wurde, ja, daß man sogar bereit ist, eine bewilligte Lohnerhöhung von 10 v. H. ohne Preiserhöhung zu tragen. Weiterhin hat der Westdeutsche Zementverband, der infolge der zunehmenden Tätigkeit aufliehender Portlandbütten und Naturzementwerke in seinem Geschäftsbericht seine Existenz als gefährdet bezeichnet, eine Aktion gegen den Außenleiter-Naturzement eingeleitet, indem er durch eine eigens für diesen Zweck gegründete Firma billigeren Naturzement auf den Markt wirft. Vom Standpunkte der Volksgesamtheit aus und zur Abstellung des Wohnungsleides ist die Tätigkeit der Außenleiter nur zu begrüßen.

**Arbeitsrecht und Arbeiterclub.**

**Auffassungen.**

Das Arbeitszeitgesetz wurde von uns noch nie als eine ideale Lösung der Arbeitszeitfrage betrachtet. Im Gegenteil: wir erwarten, daß in Kürze eine andere und bessere Regelung der Arbeitszeitfrage herbeigeführt wird. Man darf schon die Meinung vertreten, daß, im Hinblick auf die tatsächlichen Leistungssteigerungen, die durchweg festzustellen sind, und durch den technischen Fortschritt der letzten Jahre bedingt, sehr bald das Arbeitszeitproblem eine Lösung findet, die bezügl. der Arbeitsdauer unter Berücksichtigung der vorhandenen erwerbslosen Massen für weitere Arbeitszeitverkürzung Raum schafft. Die Notregelung vom 7. April darf darum schon nur als Zwischenlösung betrachtet werden, mit allen Mängeln, die derartigen Versuchen stets anhaften. Nur bei voller Wertung als Zwischenlösung läßt sich dem augenblicklichen Zustand Geschmack abgewinnen, und man soll das Verhalten unserer Führer nur nicht so deuten, als ob für uns die Arbeitszeitfrage ihre Erledigung gefunden habe.

Um so verwunderlicher ist die Einstellung mancher behördlicher Stellen, die über Werdegang und Absichten des Gesetzes vom 7. April 1927 sicher nicht im Unklaren sein dürften. Die Einstellung der Schlichter bei Festsetzung im Streitfalle hat bereits in Wort und Schrift manch herbes Wort der Kritik sich gefallen lassen müssen. Nicht immer, so scheint es, ist es die Ohnmacht der Wahrheit (Herrschaft), die die Herrn Schlichter veranlassen kann, in von den gesetzlichen Bestimmungen so stark abweichender Weise die Frage der Mehrarbeit zu regeln. Oft dürfte auch angeborene oder anerzogene Verständnislosigkeit für lebenswichtige Belange der arbeitenden Menschheit die Ursache für ein solches Verhalten sein. Wenn schon in hohen und höchsten Stellen derartige Verständnislosigkeit herrscht, ist die Einstellung mancher Gewerbeaufsichtämter nicht mehr verwunderlich. Was bei uns alles herhalten muß, um dem Drängen der Arbeit-

geber nach Überzeitarbeit gerecht zu werden, dafür nur ein Beispiel:

Die Eröffnung der großen Automobilrennstrecke Westdeutschlands „Nürburgring“ stand bevor. Aus diesem Anlaß sollten große Eröffnungsrennen veranstaltet werden, die unter der Voraussetzung genehmigt wurden, daß eine bestimmte Anzahl Sanitätsautomobile bereitgestellt werden. Teilweise befanden sich letztere noch in der Herstellung, die sich verzögerte, weil notwendige Zubehörsteile verspätet geliefert wurden. Die mit der Lieferung der Automobile beauftragte Firma versuchte, um fristgerecht liefern zu können, mit allen Mitteln ihre Belegschaft zur Leistung von Überarbeit, allerdings ohne Überzeitzuschlag zu betreiben. Die Zumutung wurde abgelehnt, auch deshalb, weil die berechnete Forderung nach zeitgemäßer Erhöhung der Löhne, die bisher infolge der Weigerung der Firma, einen Tarifvertrag mit den Gewerkschaften abzuschließen, scheiterte.

In ihrer Not hat die Firma die behördliche Genehmigung zur Leistung von Überstunden bei dem zuständigen Gewerbeaufsichtsamte nachgesucht, und wurde von diesem dahin belehrt (man höre!), daß sie (die Firma) ihre Forderung auf Überzeitarbeit auf Grund des § 10 der Verordnung vom 21. 12. 23 mit Recht geltend machen könne.

Was der § 10 mit vorliegendem Falle zu tun hat, ist das Geheimnis des Herrn Gewerberates. Jedenfalls ist es unmöglich einen privaten Auftrag irgend eines Bestellers, auch wenn dieser eine Kommunalbehörde sein sollte, die nebenbei gesagt, nicht zur Feststellung der verlangten Krankenwagen verpflichtet ist, unter den Begriff des § 10 zu packen, nur weil irgendeiner Firma Schwierigkeiten erwachsen sind. Man könnte, wenn man den vorstehend skizzierten Gedankengang folgen wollte, zuguterletzt dazu kommen, jeder Möbelfabrik oder Metallwarenfabrik für Küchenartikel die Genehmigung zur Ausführung von Überarbeit zur Herstellung ihrer Serienware auf Grund des § 10 zu geben. Es muß schon verlangt werden, daß die beamteten Stellen, die mit berufen sind, die Durchführung gesetzlicher Bestimmungen zu überwachen, nicht ihren Stolz dareinsetzen, gewissen Interessentenkreisen Wege aufzuzeigen, wie Gesetze umgangen werden können, sondern kraft der von ihnen beanspruchten Autorität bemüht bleiben, Sinn und Gehalt des Gesetzes zu verwirklichen, auch wenn es einmal zu Nutz und Frommen der Arbeiter sein sollte.

**Höchstzahlen für Lehrlinge.**

Der Reichsarbeitsminister hat den vorläufigen Reichswirtschaftsrat um eine gutachtliche Äußerung über die Möglichkeit, Höchstzahlen für das Halten von Lehrlingen festzusetzen, erlucht. Der Arbeitgeberverband des deutschen Großhandels bremst die ihm scheinbar unangenehme vernünftige Regulierung des Lehrlingswesens als „unberechtigten“ Eingriff in die privatwirtschaftliche Freiheit ab und betont in einer Eingabe, daß im Großhandel irgendeine Lehrlingszuchterei nicht festgestellt werden könne. Außerdem sei bei der schwierigen Lage, in der sich der Großhandel gegenwärtig befinde, der einzelne Betrieb genötigt, bei der Auswahl der Lehrlinge, vor allem auch im Hinblick auf die Vorbildung (wieder eine neue Berechtigung!) bedeutend vorsichtiger zu verfahren. Bei dieser Sachlage könne eine Notwendigkeit zur Regelung der Lehrlingshöchstzahlen durch gesetzgeberische Maßnahmen für das gesamte Handelsgewerbe nicht anerkannt werden, wie überhaupt ein Eingreifen der staatlichen Macht in diese Fragen höchst individueller und persönlicher Regelung außerordentlich bedenklich und abwegig und auch bei der unendlichen Mannigfaltigkeit der in Frage kommenden Betriebsarten und Betriebsgrößen technisch und sachlich unmöglich erscheine.

Hoffentlich läßt sich der Reichswirtschaftsrat durch solche Interessentenentscheidungen nicht in seinem Gutachten beeinflussen, daß einerseits die Lehrlingszuchterei, auf der anderen Seite aber auch eine unnötige Erschwerung der Lehre durch ungerechtfertigte „Berechtigungen“ zu unterbinden im Auge zu behalten hat.

**Bücher und Schriften**

bezieht der christliche Gewerkschaffler durch die Buchanbahnung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

**Zutarsien jeder Art**  
Musterbogen gegen 0.50 M.  
in Briefmarken  
**E. Biller, Heidelberg**  
Theaterstraße 7 II

Stuhlfabrik sucht mehrere  
**tüchtige Stuhlpollerer**  
Angebote sind zu richten an das  
**Verbandsbüro in Bochum**  
Hellweg 25

**Die Handwerkskunst im Holzgewerbe**  
ist die Fachzeitschrift für jeden vorwärtsstrebenden Tischler.  
Der Bezugspreis ist vierteljährlich 2.— Mark.  
Bestellungen sind an die Geschäftsstellen unseres Verbandes oder direkt an die Geschäftsstelle der Handwerkskunst Köln, Denloerwall 9 zu richten.

**Fachliteratur!**  
1. Bogentraktionen Preis 1.50 M.  
2. Die Treppenkunst „ 2.00 „  
3. Die Dachstiftung „ 2.00 „  
Ausführliche Prospekte gratis.  
Zu beziehen vom Verfasser:  
**W. Röhlfeld, Borchdorf i. Westf.**